



Infos zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine

Die Landesregierung informiert seit Mitte März auf ukraine.rlp.de rund um die Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge im Land. Die Webseite richtet sich an geflüchtete Menschen und an alle, die Hilfe für sie organisieren und koordinieren.

„Das Informationsbedürfnis der Menschen im Land, aber auch der Ukrainerinnen und Ukrainer, die in Rheinland-Pfalz Schutz suchen, ist groß. Mit ukraine.rlp.de gibt es nun ein Informationsangebot für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, das rechtliche Informationen rund um den Aufenthalt zur Verfügung stellt, aber auch ganz lebensnahe Fragen zur Anmeldung in Kita und Schule, die Arbeiterlaubnis und vielen weiteren Anliegen beantwortet. Auch wer helfen möchte, findet hier Informationen, wie beispielsweise Wohnraum zur Verfügung gestellt oder auf andere Weise Unterstützung geleistet werden kann“, fasst Integrationsministerin Katharina Binz zusammen.

Viele Inhalte der zentralen Informationsseite ukraine.rlp.de sind in ukrainischer und russischer Sprache verfügbar. Die Website ist als gemeinsames Projekt aller Ministerien in Rheinland-Pfalz unter Federführung des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration entwickelt worden. Über die kommenden Wochen soll die Seite fortlaufend weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Zukunftsrat für nachhaltige Entwicklung in RLP

Rheinland-Pfalz gehöre zu den Ländern, die schon in den frühen 1990er Jahren eine Nachhaltigkeitsstrategie aufgelegt haben. Seit Mai 2021 wird diese als ein wichtiges Thema für das Land in der Staatskanzlei verantwortet. „Nachhaltigkeit bedeutet für mich, dass soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Ökonomie im Einklang gestaltet werden müssen“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Um neue Impulse dazu aus der Wissenschaft aufzugreifen und alle wichtigen Facetten zu berücksichtigen, hat Dreyer den „Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz“ ins Leben gerufen. „Die Mitglieder des Zukunftsrates stehen für ein hohes Maß an Erfahrung und Expertise in diesem Bereich. Der Zukunftsrat soll auch für einen stärkeren Austausch mit den Bürgern und Bürgerinnen zu diesem Thema sorgen, er soll auch die Anliegen und die Sorgen der Menschen im Land aufnehmen“, sagte Dreyer. Als Vorsitzende konnte Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), gewonnen werden.

Der Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz soll die Landesregierung beraten und dazu beitragen, den Nachhaltigkeitsgedanken in der Gesellschaft stärker zu verankern. Der Zukunftsrat arbeitet unabhängig von der Landesregierung und soll die Öffentlichkeit durch eine eigene Website über seine Arbeit informieren. „Der Zukunftsrat soll Raum für kreative Lösungen haben“, so die Ministerpräsidentin. Die Mitglieder des Zukunftsrats werden von der Ministerpräsidentin für die Dauer der Legislaturperiode berufen. **STK**

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



Links: Ralph Spiegler erklärt die Auswirkungen von Schulden auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Rechts: Anja Obermann (2.v.r.) warnt vor Steuererhöhungen in der aktuellen Situation.

Gesetzlichen Auftrag erfüllen und freiwillige Leistungen angehen

KOMMUNEN: Bündnis für gleichwertige Lebensverhältnisse formuliert Anforderungen an kommunalen Finanzausgleich

VON ANDREAS SCHRÖDER

Das die Kommunen in Rheinland-Pfalz finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen, ist seit Jahren kein Geheimnis mehr. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich (KFA) ist seit Ende 2020 wieder Bewegung in die Debatte gekommen. Noch bis Ende dieses Jahres hat der Gesetzgeber Zeit, den KFA neu aufzustellen. In einem ersten Schritt, die Kommunen zu entlasten, haben die Landtagsfraktionen von SPD, Grünen, FDP, CDU und Freien Wählern angekündigt, den Weg für das Land freimachen zu wollen, die Hälfte der Liquiditätskredite der Kommunen zu übernehmen. Das Bündnis für gleichwertige Lebensverhältnisse Rheinland-Pfalz, das 2021 vom DGB ins Leben gerufen wurde und dem neben dem Städtetag, dem Gemeinde- und Städtebund und dem Landkreistag auch die IHKs und die Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz ange-

hören, begrüßt diesen Schritt. Die Kommunalvertreter betonen aber gleichzeitig, dass die bisher beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die Kommunen im Land wieder finanziell auf Kurs zu bringen.

40 Prozent aller Kommunen seien immer noch im Defizit, betonte der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling in seiner Rolle als Vorsitzender des Städtetags. Die Folgen jahrelanger Unterfinanzierung zeigten sich in hohen Schuldenständen im Vergleich zu anderen Bundesländern, so Ebling. Die Übernahme der Hälfte der Liquiditätskredite sei zwar ein richtiger Schritt, sie werde den betroffenen Kommunen aber keine ausreichende Entlastung verschaffen, griff Ralph Spiegler, Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes, die Kritik der DGB-Vorsitzenden Susanne Wingertzahn auf. Denn defizitäre Haushalte und Schulden auf dem Konto machten Kommunen immer zu einem Fall für die Finanzaufsicht, was ihren Handlungsspielraum deutlich beschränke.

Dr. Fritz Brechtel, stellvertretender Vorsitzender des Landkreistags, betonte daher, dass es mit einer Entschuldung der Kommunen alleine nicht getan sei und erörterte, was man vom künftigen KFA erwarte: „Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können und in merklichem Umfang freiwillige Aufgaben wahrzunehmen.“ Es müsse möglich sein, dem gesetzlichen Auftrag nachzukommen, Zukunftsaufgaben anzugehen und gleichzeitig Schulden abzubauen. Das werde aber nur funktionieren, wenn das Land dazu bereit sei, deutlich mehr Geld in die Kommunen zu stecken, sind sich Ebling, Spiegler und Brechtel einig.

Für das Handwerk werde die finanzielle Ausstattung der Kommunen zusehends zur existenziellen Frage, erklärte Anja Obermann, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Rheinhessen und Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern im Land. Auf

die Kommunen entfielen in Deutschland die Hälfte aller öffentlichen Sachinvestitionen und zwei Drittel aller öffentlichen Bauinvestitionen. Die Städte und Gemeinden seien aber nicht nur als Auftraggeber wichtig. Mobilität, Kitas, Schwimmbäder, Sportstätten und vieles mehr seien in Zeiten des Fachkräftemangels wichtige Standortfaktoren. Viele dieser Punkte fallen aber in den Bereich der freiwilligen Aufgaben, in dem überschuldeten Kommunen de facto die Hände gebunden sind.

Mit kritischem Auge beobachtet Obermann, dass Städte und Gemeinden von der Kommunalaufsicht zunehmend zu einer Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B gedrängt würden. Die Menschen und Unternehmen litten seit zwei Jahren unter der Pandemie, so Obermann. Jetzt verschärfe der Krieg in der Ukraine die wirtschaftliche Situation. „Steuererhöhungen wären in der jetzigen Situation also absolutes Gift für betriebliche Investitionen“, warnt sie.

Das Engagement im Ahrtal stärken

NACHWUCHS: Land und Handwerkskammer Koblenz stellen freiwillige Aufbauzeit vor – Hoffnung auf „Klebeffekt“

„Wenn das Leben dir Zitronen gibt, mach Limonade daraus“, lautet ein im englischsprachigen Raum gängiges Sprichwort. Mit dem Projekt „Aufbau Ahr – Freiwillige Aufbauzeit im Ahrtal“ leben die Landesregierung und die Handwerkskammer Koblenz diese Idee nun in vorbildlicher Art und Weise. Die Flutkatastrophe im nördlichen Rheinland-Pfalz und ihre fatalen Auswirkungen auf die dort lebenden Menschen werden noch lange in Erinnerung bleiben, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer bei der Vorstellung des Projekts Ende März in Mainz. Ebenfalls in Erinnerung bleiben werde die große Hilfsbereitschaft, die viele Rheinland-Pfäler und vor allem viele junge Menschen an den Tag gelegt haben und weiterhin legen, sind sich Dreyer und Ralf Hellrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Koblenz, einig. Mit der Freiwilligen Aufbauzeit möchte man nun junge Helferinnen und Helfer noch stärker und strukturiert in die Wiederaufbaumassnahmen einbinden. Gleichzeitig, so Hellrich, erhoffe man sich seitens der Kammer einen „Klebeffekt“, der die jungen Menschen an das Handwerk bindet.

Die Teilnehmenden an der Aufbauzeit erwartet eine sechsmontatige Mischung aus Betriebspraktika, einem freizeitpädagogischen Angebot und gemeinnützigen Projekten wie zum Beispiel dem Wiederaufbau eines Spielplatzes. Vorbereitet werden sie dafür in den Lehrwerkstätten der Handwerkskammer. Als Dankeschön gibt es ein monatliches Entgelt von 470 Euro; auch die



Malu Dreyer (M.) und Alexander Schweitzer (2.v.l.) übergeben den Förderbescheid an Ralf Hellrich (l.). Unternehmer Dominik Tietz (2.v.r.) und der freiwillige Aufbauhelfer Jan Wollenweber (r.) berichteten von ihrer Arbeit im Ahrtal.

Unterkunft und die Anreise ins Ahrtal werden gestellt. Finanziert wird das bis Ende 2022 laufende Projekt aus den Mitteln des Arbeitsministeriums. Die Handwerkskammer Koblenz steuert zehn Prozent der Projektkosten bei. Arbeitsminister Alexander Schweitzer betonte die bundesweite Einzigartigkeit des Projekts, das – so Schweitzer – durchaus Vorbildcharakter an anderer Stelle haben könne.

Nach der Flutkatastrophe habe die Befürchtung bestanden, dass die Ausbildungszahlen im Ahrtal einbrechen könnten. Das Gegenteil ist eingetreten. Mit 279 neu eingetragenen Lehrverträgen in der Region habe man ein Zehnjahreshoch erreicht, berichtet Hellrich. Viele junge Menschen hätten heute keinen Kontakt zum Tun mit den Händen. Gleichzeitig sei die Hilfsbereitschaft nach dem Hochwasser

sehr groß gewesen. Seitens der Kammer und das Landes glaubt man, dass die Bereitschaft anzupacken und zu helfen auch eine Begeisterung für das Arbeiten mit den eigenen Händen geweckt haben könnte. Darauf setzt man bei der Aufbauzeit.

Zwei Module

Neben den jungen Menschen, denen man mit der Freiwilligen Aufbauzeit den Spaß an der Arbeit mit den Händen und ihren Wert näher bringen möchte, hat das Projekt auch diejenigen im Auge, die sich schon für die Karriere mit Lehre entschieden haben, aber noch nicht sicher sind, welches Handwerk das richtige für sie ist. In der Aufbauzeit haben sie die Wahl zwischen zwei Modulen – einem gewerblich-technischen Modul und einem Modul der Bauberufe. Im ersten Modul können die Teilnehmer in die Bereiche Elektro, SHK, Metallbau und Kfz-Mechatronik hineinschnuppern. Das zweite Modul bietet Einblicke in des Mauerhandwerk, den Straßenbau und die Arbeit von Tischlern, Zimmerern und Dachdeckern. So helfen die Teilnehmer nicht nur beim Wiederaufbau des Ahrtals, sondern lernen innerhalb ihres Moduls ein breites Spektrum des Handwerks kennen. **AS**

KONTAKT

Jens Fiedermann
Tel.: 0261/ 398 351
E-Mail: jens.fiedermann@hwk-koblenz.de



Links: Ralph Spiegler erklärt die Auswirkungen von Schulden auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Rechts: Anja Obermann (2.v.r.) warnt vor Steuererhöhungen in der aktuellen Situation.



Infos zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine

Die Landesregierung informiert seit Mitte März auf ukraine.rlp.de rund um die Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge im Land. Die Webseite richtet sich an geflüchtete Menschen und an alle, die Hilfe für sie organisieren und koordinieren.

„Das Informationsbedürfnis der Menschen im Land, aber auch der Ukrainerinnen und Ukrainer, die in Rheinland-Pfalz Schutz suchen, ist groß. Mit ukraine.rlp.de gibt es nun ein Informationsangebot für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, das rechtliche Informationen rund um den Aufenthalt zur Verfügung stellt, aber auch ganz lebensnahe Fragen zur Anmeldung in Kita und Schule, die Arbeitserlaubnis und vielen weiteren Anliegen beantwortet. Auch wer helfen möchte, findet hier Informationen, wie beispielsweise Wohnraum zur Verfügung gestellt oder auf andere Weise Unterstützung geleistet werden kann“, fasst Integrationsministerin Katharina Binz zusammen.

Viele Inhalte der zentralen Informationsseite ukraine.rlp.de sind in ukrainischer und russischer Sprache verfügbar. Die Website ist als gemeinsames Projekt aller Ministerien in Rheinland-Pfalz unter Federführung des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration entwickelt worden. Über die kommenden Wochen soll die Seite fortlaufend weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Zukunftsrat für nachhaltige Entwicklung in RLP

Rheinland-Pfalz gehöre zu den Ländern, die schon in den frühen 1990er Jahren eine Nachhaltigkeitsstrategie aufgelegt haben. Seit Mai 2021 wird diese als ein wichtiges Thema für das Land in der Staatskanzlei verantwortet. „Nachhaltigkeit bedeutet für mich, dass soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Ökonomie im Einklang gestaltet werden müssen“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Um neue Impulse dazu aus der Wissenschaft aufzugreifen und alle wichtigen Facetten zu berücksichtigen, hat Dreyer den „Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz“ ins Leben gerufen. „Die Mitglieder des Zukunftsrates stehen für ein hohes Maß an Erfahrung und Expertise in diesem Bereich. Der Zukunftsrat soll auch für einen stärkeren Austausch mit den Bürgern und Bürgerinnen zu diesem Thema sorgen, er soll auch die Anliegen und die Sorgen der Menschen im Land aufnehmen“, sagte Dreyer. Als Vorsitzende konnte Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), gewonnen werden.

Der Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz soll die Landesregierung beraten und dazu beitragen, den Nachhaltigkeitsgedanken in der Gesellschaft stärker zu verankern. Der Zukunftsrat arbeitet unabhängig von der Landesregierung und soll die Öffentlichkeit durch eine eigene Website über seine Arbeit informieren. „Der Zukunftsrat soll Raum für kreative Lösungen haben“, so die Ministerpräsidentin. Die Mitglieder des Zukunftsrates werden von der Ministerpräsidentin für die Dauer der Legislaturperiode berufen. **STK**

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel.: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

Gesetzlichen Auftrag erfüllen und freiwillige Leistungen angehen

KOMMUNEN: Bündnis für gleichwertige Lebensverhältnisse formuliert Anforderungen an kommunalen Finanzausgleich

VON ANDREAS SCHRÖDER

Das die Kommunen in Rheinland-Pfalz finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen, ist seit Jahren kein Geheimnis mehr. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich (KFA) ist seit Ende 2020 wieder Bewegung in die Debatte gekommen. Noch bis Ende dieses Jahres hat der Gesetzgeber Zeit, den KFA neu aufzustellen. In einem ersten Schritt, die Kommunen zu entlasten, haben die Landtagsfraktionen von SPD, Grünen, FDP, CDU und Freien Wählern angekündigt, den Weg für das Land freimachen zu wollen, die Hälfte der Liquiditätskredite der Kommunen zu übernehmen. Das Bündnis für gleichwertige Lebensverhältnisse Rheinland-Pfalz, das 2021 vom DGB ins Leben gerufen wurde und dem neben dem Städtetag, dem Gemeinde- und Städtebund und dem Landkreistag auch die IHKs und die Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz ange-

hören, begrüßt diesen Schritt. Die Kommunalvertreter betonen aber gleichzeitig, dass die bisher beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die Kommunen im Land wieder finanziell auf Kurs zu bringen.

40 Prozent aller Kommunen seien immer noch im Defizit, betonte der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling in seiner Rolle als Vorsitzender des Städtetags. Die Folgen jahrelanger Unterfinanzierung zeigten sich in hohen Schuldenständen im Vergleich zu anderen Bundesländern, so Ebling. Die Übernahme der Hälfte der Liquiditätskredite sei zwar ein richtiger Schritt, sie werde den betroffenen Kommunen aber keine ausreichende Entlastung verschaffen, griff Ralph Spiegler, Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes, die Kritik der DGB-Vorsitzenden Susanne Wingertzahn auf. Denn defizitäre Haushalte und Schulden auf dem Konto machten Kommunen immer zu einem Fall für die Finanzaufsicht, was ihren Handlungsspielraum deutlich beschränke.

Dr. Fritz Brechtel, stellvertretender Vorsitzender des Landkreistags, betonte daher, dass es mit einer Entschuldung der Kommunen alleine nicht getan sei und erörterte, was man vom künftigen KFA erwarte: „Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können und in merklichem Umfang freiwillige Aufgaben wahrzunehmen.“ Es müsse möglich sein, dem gesetzlichen Auftrag nachzukommen, Zukunftsaufgaben anzugehen und gleichzeitig Schulden abzubauen. Das werde aber nur funktionieren, wenn das Land dazu bereit sei, deutlich mehr Geld in die Kommunen zu stecken, sind sich Ebling, Spiegler und Brechtel einig.

Für das Handwerk werde die finanzielle Ausstattung der Kommunen zusehends zur existenziellen Frage, erklärte Anja Obermann, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Rheinhesen und Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern im Land. Auf

die Kommunen entfielen in Deutschland die Hälfte aller öffentlichen Sachinvestitionen und zwei Drittel aller öffentlichen Bauinvestitionen. Die Städte und Gemeinden seien aber nicht nur als Auftraggeber wichtig. Mobilität, Kitas, Schwimmbäder, Sportstätten und vieles mehr seien in Zeiten des Fachkräftemangels wichtige Standortfaktoren. Viele dieser Punkte fallen aber in den Bereich der freiwilligen Aufgaben, in dem überschuldeten Kommunen de facto die Hände gebunden sind.

Mit kritischem Auge beobachtet Obermann, dass Städte und Gemeinden von der Kommunalaufsicht zunehmend zu einer Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B gedrängt würden. Die Menschen und Unternehmen litten seit zwei Jahren unter der Pandemie, so Obermann. Jetzt verschärfe der Krieg in der Ukraine die wirtschaftliche Situation. „Steuererhöhungen wären in der jetzigen Situation also absolutes Gift für betriebliche Investitionen“, warnt sie.

Das Engagement im Ahrtal stärken

NACHWUCHS: Land und Handwerkskammer Koblenz stellen freiwillige Aufbauzeit vor – Hoffnung auf „Klebeeffekt“

„Wenn das Leben dir Zitronen gibt, mach Limonade daraus“, lautet ein im englischsprachigen Raum gängiges Sprichwort. Mit dem Projekt „Aufbau Ahr – Freiwillige Aufbauzeit im Ahrtal“ leben die Landesregierung und die Handwerkskammer Koblenz diese Idee nun in vorbildlicher Art und Weise. Die Flutkatastrophe im nördlichen Rheinland-Pfalz und ihre fatalen Auswirkungen auf die dort lebenden Menschen werden noch lange in Erinnerung bleiben, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer bei der Vorstellung des Projekts Ende März in Mainz. Ebenfalls in Erinnerung bleiben werde die große Hilfsbereitschaft, die viele Rheinland-Pfäler und vor allem viele junge Menschen an den Tag gelegt haben und weiterhin legen, sind sich Dreyer und Ralf Hellrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Koblenz, einig. Mit der Freiwilligen Aufbauzeit möchte man nun junge Helferinnen und Helfer noch stärker und strukturiert in die Wiederaufbauarbeiten einbinden. Gleichzeitig, so Hellrich, erhoffe man sich seitens der Kammer einen „Klebeeffekt“, der die jungen Menschen an das Handwerk bindet.

Die Teilnehmenden an der Aufbauzeit erwartet eine sechsmonatige Mischung aus Betriebspraktika, einem freizeitpädagogischen Angebot und gemeinnützigen Projekten wie zum Beispiel dem Wiederaufbau eines Spielplatzes. Vorbereitet werden sie dafür in den Lehrwerkstätten der Handwerkskammer. Als Dankeschön gibt es ein monatliches Entgelt von 470 Euro; auch die



Malu Dreyer (M.) und Alexander Schweitzer (2.v.l.) übergeben den Förderbescheid an Ralf Hellrich (l.). Unternehmer Dominik Tietz (2.v.r.) und der freiwillige Aufbauhelfer Jan Wollenweber (r.) berichteten von ihrer Arbeit im Ahrtal.

Unterkunft und die Anreise ins Ahrtal werden gestellt. Finanziert wird das bis Ende 2022 laufende Projekt aus den Mitteln des Arbeitsministeriums. Die Handwerkskammer Koblenz steuert zehn Prozent der Projektkosten bei. Arbeitsminister Alexander Schweitzer betonte die bundesweite Einzigartigkeit des Projekts, das – so Schweitzer – durchaus Vorbildcharakter an anderer Stelle haben könne.

Nach der Flutkatastrophe habe die Befürchtung bestanden, dass die Ausbildungszahlen im Ahrtal einbrechen könnten. Das Gegenteil ist eingetreten. Mit 279 neu eingetragenen Lehrverträgen in der Region habe man ein Zehnjahreshoch erreicht, berichtet Hellrich. Viele junge Menschen hätten heute keinen Kontakt zum Tun mit den Händen. Gleichzeitig sei die Hilfsbereitschaft nach dem Hochwasser sehr groß ge-

wesen. Seitens der Kammer und das Landes glaubt man, dass die Bereitschaft anzupacken und zu helfen auch eine Begeisterung für das Arbeiten mit den eigenen Händen geweckt haben könnte. Darauf setzt man bei der Aufbauzeit.

Zwei Module

Neben den jungen Menschen, denen man mit der Freiwilligen Aufbauzeit den Spaß an der Arbeit mit den Händen und ihren Wert näher bringen möchte, hat das Projekt auch diejenigen im Auge, die sich schon für die Karriere mit Lehre entschieden haben, aber noch nicht sicher sind, welches Handwerk die richtige für sie ist. In der Aufbauzeit haben sie die Wahl zwischen zwei Modulen – einem gewerblich-technischen Modul und einem Modul der Bauberufe. Im ersten Modul können die Teilnehmer in die Bereiche Elektro, SHK, Metallbau und Kfz-Mechatronik hineinschnuppern. Das zweite Modul bietet Einblicke in des Mauerhandwerk, den Straßenbau und die Arbeit von Tischlern, Zimmerern und Dachdeckern. So helfen die Teilnehmer nicht nur beim Wiederaufbau des Ahrtals, sondern lernen innerhalb ihres Moduls ein breites Spektrum des Handwerks kennen. **AS**

KONTAKT

Jens Fiedermann
Tel.: 0261/ 398 351
E-Mail: jens.fiedermann@hwk-koblenz.de